



Niederschrift der 45. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

| | |
|------------------------|-------------------------------|
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 19.06.2002 |
| Sitzungsbeginn: | 17:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:20 Uhr |
| Ort, Raum: | Hegelallee , Haus 9, Raum 107 |

Anwesend sind:

| | | |
|-------------------------------------|-----------|---------------------|
| Herr Dr. Jeschke, Dieter | SPD | |
| Herr Prof. Dr. Mitzner, Rolf | SPD | |
| Frau Otto, Gisela | SPD | |
| Frau Göttel, Barbara | PDS | |
| Herr Dr. Steinicke, Alexander | PDS | Leitung der Sitzung |
| Herr Bretz, Steeven | CDU | |
| Herr Hugler, Klaus | Grüne/B90 | |
| Frau Drohla, Hella | | |
| Frau Roschkowski, Brigitte | | |
| Frau Scholtisek, Susanne | CDU | |
| Frau Fischer, Gabriele Beigeordnete | | |
| Herr Ofcsarik, Karl | | |

Nicht anwesend sind:

| | | |
|------------------------|-----------|----------------|
| Herr Fisher, Karl | SPD | entschuldigt |
| Frau Gülzow, Christine | Grüne/B90 | unentschuldigt |
| Herr Malysch, Kornel | SPD | unentschuldigt |
| Herr Petzold, Harald | PDS | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung der 43. und 44. Sitzung, Beschlusskontrolle, Tagesordnung
- 2 Überweisungen aus der SVV
 - 2.1 Honorarordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0421
Oberbürgermeister, Amt für Weiterbildung
 - 2.2 Entgeltordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0422
Oberbürgermeister, Amt für Weiterbildung
- 3 Informationen des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel zum Stand des Ü-7-Verfahrens in der Stadt Potsdam

- 4 Folgebericht des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel zur Eingliederung ausländischer Schüler (siehe zuletzt: 41. Sitzung am 20.03.02, TOP 2)
- 5 Überweisung aus der 52. Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0389
- 6 Vorschlag für eine AG Schulentwicklungsplanung
- 7 Konsequenzen aus der gemeinsamen Sitzung mit dem JHA vom 11.06.2002
- 8 Sonstiges
- 8.1 Information der Verwaltung zu Eintrittsgeldern in den städtischen Schwimmhallen und Strandbädern
- 8.2 Vorstellung der Struktur im Fachbereich Schule und Sport und der Öffentlichen Weiterbildung
- 8.3 Information Sportstadt 2002
Oberbürgermeister, Amt für Weiterbildung/Oberbürgermeister, Amt für Weiterbildung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Protokollbestätigung der 43. und 44. Sitzung, Beschlusskontrolle, Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Ausschussmitglieder stimmen den Protokollen der 43. und 44. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu. Aus der Beschlusskontrolle beider Protokolle ergeben sich keine Probleme. Zur heutigen Tagesordnung gibt es den Antrag die TOP 4.2 und 4.3 laut Einladung vorzuziehen, da Frau Dr. Voigtländer in der gleichen Sache an der Sitzung des Finanzausschusses teilnehmen muss. **Dr. Steinicke** hält es weiterhin für sinnvoll die TOP 2 und 3 laut Einladung in der Behandlungsfolge zu vertauschen, da das Ü-7-Verfahren in engem Zusammenhang mit der Integration ausländischer Schüler steht. Es gibt keine gegenteiligen Meinungen.

Beschlusstext:

1.
Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Protokoll der 43. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.
2.
Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Protokoll der 44. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.
3.
Die Ausschussmitglieder verständigen sich zur Veränderung der Behandlungsfol-

ge der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

| | | | |
|------------------|---|------------------|---|
| Zu 1. | | Zu 2. | |
| Zustimmung: | 6 | Zustimmung: | 6 |
| Ablehnung: | 0 | Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 | Stimmenthaltung: | 1 |

zu 2 Überweisungen aus der SVV

**zu 2.1 Honorarordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0421**

Frau Fischer informiert, dass die Honorarordnung in der SVV eingebracht wurde und bittet Fragen zu stellen.

Dr. Steinicke möchte den Unterschied zwischen Veranstaltungsreihe und Kurs , sowie den Ermessensspielraum zu § 2 (3) ...bei kurzfristigem Ausfall...erklärt haben.

Frau Dr. Voigtländer und **Frau Fischer** beantworten seine Fragen.
Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Beschlusstext:

Honorarordnung für die Volkshochschule „Albert Einstein“ der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 6 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt

**zu 2.2 Entgeltordnung für die Volkshochschule 'Albert Einstein' der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0422**

Frau Fischer informiert, dass bei der Erstellung der Entgeltordnung die in Diskussionen angesprochene Option für Asylbewerber berücksichtigt wurde. Im übrigen verweist sie auf die Einbringung in der SVV. Die vorliegende Entgeltordnung ist ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung .

Frau Dr. Voigtländer erläutert, dass in der Vergangenheit alle zwei Jahre eine Erhöhung der Entgelte erfolgte. Mit der vorliegenden Entgeltordnung soll ab dem kommenden Schuljahr eine Unterrichtsstunde 3.50 Euro kosten. Ab 2003 soll eine Entgelterhöhung bis auf Weiteres ausgesetzt werden. Dies ist notwendig, um auf dem Weiterbildungsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben und dem sozialen Auftrag gerecht zu werden. Volkshochschulen aus dem Umland und in Berlin kalkulieren mit niedrigeren Entgelten, wozu sie Beispiele anführt.
Es gibt keine weiteren Bemerkungen der Ausschussmitglieder.

Beschlusstext:

Entgeltordnung für die Volkshochschule „Albert Einstein“ der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-------------|---|
| Zustimmung: | 7 |
|-------------|---|

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt

zu 3 Informationen des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel zum Stand des Ü-7-Verfahrens in der Stadt Potsdam

Herr Bogel-Meyhöfer, informiert, dass es in Potsdam 1349 Abgänger der 6.Klassen gibt. Im Schuljahr 2002/03 werden 1747 Schüler in die Klassenstufe 7 aufgenommen. Die Differenz ergibt sich aus Schülern des Umlandes, die Potsdamer Schulen aufgrund ihrer hohen Attraktivität anwählen. Die 1349 Schüler haben laut Grundschulgutachten folgende Bildungsgangempfehlungen erhalten:

25 % erweiterte Berufsbildungsreife

36 % Fachoberschulreife

38 % Fachoberschulreife mit Berechtigung zum Besuch der gymn. Oberstufe.

Die Verteilung der 1747 Schüler in die Jahrgangsstufe 7 sieht wie folgt aus:

25 % an Gesamtschulen ohne gymn. Oberstufe

32 % an Gesamtschulen mit gymn. Oberstufe

30 % an Gymnasien

12 % an Realschulen

Dazu kommen 3 Klassen im Ev. Gymnasium Hermannswerder und im Schiller Gymnasium.

Die Kapazität der **Gymnasien** betrug 526 Plätze. Sie wurden im Erstwunsch von 537 Schülern angewählt. Nach Auswertung der Erstwünsche waren 3 Gymnasien übernachgefragt (1, 4, 54). Im Zweitwunsch gab es freie Plätze an den Gymnasien 41 und 11, die im Ausgleichsverfahren vergeben wurden.

Die Kapazität der **Gesamtschulen mit gymn. Oberstufe** betrug 485 Plätze. Sie wurden im Erstwunsch durch 659 Schüler (ohne Sportschule) angewählt. Übernachgefragt waren die Gesamtschulen 9, 38 und 46 mit je 200 Bewerbern. Nach Abschluss des Zweitwunschverfahrens war die Gesamtschule 21/31 entsprechend der Kapazität nachgefragt. Abgelehnte Bewerber haben Angebote in den Gesamtschulen 49, 32, 19 und in der Realschule 28 bekommen.

Die Kapazität der **Realschulen** betrug 185 Plätze. Es gab 149 Bewerber im Erstwunsch. Die Realschule 13 war übernachgefragt. Die Prüfung der Zweitwünsche führte zur Eröffnung einer fünften Klasse der Jahrgangsstufe 7 in der Realschule 28.

Die Kapazität der **Gesamtschulen ohne gymn. Oberstufe** betrug 589 Plätze. Sie wurden im Erstwunsch durch 227 Schüler angewählt. Die Montessorigesamtschule (22) war nach dem Erstwunschverfahren ausgelastet. Nach Prüfung der Zweitwünsche war die Gesamtschule 51 ausgelastet und die Gesamtschule 39 übernachgefragt. Für die übrigen Schüler erfolgte die Zuweisung in die Gesamtschule 19 (bis zur Kapazitätsgrenze), in die Gesamtschule 32 (2 Klassen) und in die Gesamtschule 49.

Insgesamt waren genügend Plätze entsprechend der Nachfrage vorhanden. Durch Umlenkung von Schülern konnten freie Kapazitäten ausgelastet werden. Problem wird sein, dass bei Zuzügen im Schuljahr 2002/03 Zuweisungen erfolgen müssen, so dass die Klassenfrequenz 29 bis 30 Schüler betragen kann. Für das Ü-7-Verfahren Schuljahr 2003/04 ist aus Potsdamer Grundschulen ein Rückgang von ca. 250 Schülern zu erwarten. Dadurch wird sich eine Entlastung ergeben, weil aus dem Umland nicht entsprechende Mehrwünsche zu erwarten sind.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder an, wo schulinhaltliche Probleme, die in die Zuständigkeit des Landes fallen angesprochen werden. **Herr Bogel-Meyhöfer** wird die Informationen aus der Diskussion mitnehmen.

Herr Borowietz, Schulleiter Gymnasium 41, erhält Rederecht. Er spricht im Namen der Schulleiter der Potsdamer Gymnasien, Gesamt- und Realschulen. Die Schulen haben die Lehrerstundenzuweisungen für das Schuljahr 2002/03 erhalten.

ten, wonach allen Schulen in der Regel bis zu 40 Stunden fehlen. Er kritisiert, dass über Qualitätsmaßstäbe an Schulen geredet wird und jede Teilungsstunde, Förderstunde und AG-Stunde ausfällt. Die Stundenzuweisung entspricht der Mindestausstattung im Bereich Sek. I.

Frau Göttel unterstützt die Ausführungen und führt Beispiele aus der Schule, in der sie als Lehrerin tätig ist, an.

Frau Fischer schlägt vor, dass Vertreter des Ausschusses eine Anhörung beim Bildungsausschuss im Landtag beantragen.

Herr Bogel-Meyhöfer führt aus, dass das Schulamt in seinem Handeln sehr eingeschränkt und an Vorschriften gebunden ist. Er unterstützt den Vorschlag. Er informiert dass zunächst Stunden für den pflichtigen Unterricht vergeben werden. Der Rest wird wie folgt verteilt: für Vorbereitungskurse, zusätzliche Zuweisung an Schulen mit sozialem Brennpunkt, gleichmäßige Verteilung der übrigen Stunden auf alle Schulen.

Dr. Jechke befürwortet einen Antrag an das MBSJ. Alle Schulleiter der weiterführenden Schulen sollten aufschreiben, was gefordert wird. Der Bildungsausschuss sollte diesen Antrag unterstützen. Er stellt einen entsprechenden Antrag.

Herr Hugler sieht nicht, dass das Schulamt eine handelnde Institution ist.

Herr Bretz möchte folgenden Antrag abstimmen: Der Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam kritisiert mit Nachdruck, dass sich die Rahmenbedingungen für die Potsdamer Schulen verschlechtert haben.

Dr. Steinicke schlägt vor, die Anträge von Dr. Jechke und Herrn Bretz als gemeinsamen Beschluss abzustimmen.

Dr. Steinicke hat vor Beginn der Sitzung einen Antrag des Kreiselterrates erhalten, wozu dieser um Unterstützung des Bildungsausschusses bittet. Der Antrag wurde als Tischvorlage ausgereicht. Es geht darum das Ü-7-Verfahren in der jetzigen Form abzuschaffen.

Dr. Steinicke schlägt vor, dass Frau Benirschke das Anliegen kurz vorträgt. Eine Diskussion sollte eventuell in der Augustsitzung erfolgen.

Frau Benirschke trägt den Antrag vor. Er soll an den Bildungsausschuss im Landtag weitergeleitet werden.

Frau Fischer schlägt dem Ausschuss vor, Herrn Bogel-Meyhöfer zu bitten das Anliegen des Kreiselterrates mitzunehmen und bis zur nächsten Sitzung an den Ausschuss für Bildung und Sport ein fachliches Votum zu geben.

Beschlusstext:

Der Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam kritisiert mit Nachdruck, dass sich die Rahmenbedingungen für die Potsdamer Schulen verschlechtert haben.

Bis zum 1. Juli erarbeiten die Schulleiter der weiterführenden Schulen eine Protestresolution zur Aufteilung des Stundenpools für das kommende Schuljahr 2002/03 in Potsdam, um eine Verbesserung zu erreichen. Der Bildungsausschuss wird diese Protestresolution unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

zu 4 Folgebericht des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel zur Eingliederung ausländischer Schüler (siehe zuletzt: 41. Sitzung am 20.03.02, TOP 2)

Den Ausschussmitgliedern wird eine Tischvorlage des Staatlichen Schulamtes übergeben.

Frau Rosin informiert über den Stand der Eingliederung im Grundschulbereich. Für Kinder und Jugendliche ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen wird der Vorbereitungskurs in der Karl-Foerster Schule (25/26) eingerichtet. Es werden 20 Wochenstunden für diese jahrgangsübergreifende Klasse zur Verfügung gestellt. Sie bittet Frau Grasnack und Frau Derakhshan zu unterstützen, dass diese Kurse auch von den Kindern aus anderen Wohngebieten wahrgenommen werden.

Frau Zinkernagel, stellt das Konzept der Karl-Foerster Schule vor. Die ausländischen Schüler aus den anderen Wohngebieten sollen auch an den Nachmittagen in das Schulleben einbezogen werden. Für die Nachmittagsbetreuung sollen die Möglichkeiten des Garantiefonds genutzt werden. Es soll versucht werden Kinder im Hort unterzubringen. In diesem Zusammenhang bittet sie um Unterstützung der Errichtung einer zweiten Kita in Bornstedt, da die Hortkapazität an der Schule ausgeschöpft ist.

Herr Bretz fragt, wie mit den zur Verfügung gestellten Stunden das Ziel erreicht werden kann. Er kritisiert, dass die zur Verfügung gestellten Lehrerstunden aus dem Pool der Stundenzuweisung zu Lasten anderer Schulen genommen wurden.

Frau Zinkernagel schätzt ein, dass die Bedingungen keine Maximalvariante darstellen, aber ein Fortschritt sind.

Dr. Jeschke schlägt vor, dass sich JHA und Bildungsausschuss dazu abstimmen, dass für diese Kinder ein Hortplatz zur Verfügung gestellt wird. Er informiert über einen Antrag der Bürgerinitiative in seinem Wohngebiet, Menschen zu finden, die solche Kinder betreuen. Dies sei ein Beitrag für Toleranz in Potsdam.

Herr Hugler fragt nach dem zweiten Schritt, der Eingliederung ausländischer Schüler in der Sekundarstufe.

Dr. Steinicke verweist auf die ausgereichte Tischvorlage des Staatlichen Schulamtes. Für Schüler, die das Abitur erwerben möchten besteht die Aufnahmemöglichkeit am Leibniz-Gymnasium (41). Für alle anderen wird eine Vorbereitungsgruppe zum Erlernen der deutschen Sprache an der Marie-Curie-Gesamtschule (49) eingerichtet.

Frau Drohla spricht die Bereitstellung einer Informationsbroschüre für ausländische Bürger über das Schulsystem in Brandenburg an.

Frau Fischer verweist dazu auf das Antwortschreiben des MBS und verliest den entsprechenden Absatz.

Beschlusstext:

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darüber, die Hortbetreuung ausländischer Schüler in der nächsten gemeinsamen Sitzung mit dem JHA zu thematisieren.

Abstimmungsergebnis:

Keine Gegenstimmen

zu 5 Überweisung aus der 52. Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam

Vorlage: 02/SVV/0389

Dr. Steinicke begrüßt Herrn Kahle von der Stabstelle Stadtbaudirektor und bittet ihn, auf die Belange einzugehen, die für Schule und Sport eine Rolle spielen.

Herr Kahle verweist auf die Einbringung der Vorlage in der SVV und möchte auf Fragen antworten. Die vorliegende Vorlage soll als Diskussionsgrundlage in der Julisitzung der SVV dienen. Daran wird sich die Diskussion in der Öffentlichkeit anschließen, die in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule im November stattfinden kann. Zur Bildung verweist er auf die Broschüre Teil 1, die beiden letzten Seiten. Die genannten Strategien bilden den Rahmen der für die nächsten

Jahre vorgesehenen Maßnahmen, welche die Stadt umsetzen will.

Dr. Steinicke hält die Gliederung für sehr eigenwillig. Er kann schlecht damit umgehen, dass Kinder und Jugendarbeit zweite Priorität zugeordnet wird und unter erster Priorität sehr allgemeine Dinge aufgeführt werden.

Er stellt den **Antrag**, den Satz „Potsdam muss als Landeshauptstadt beispielgebende Stadt für Kinder und Jugendliche werden“ erste Priorität zu geben. Er fordert, dass der Ausschuss für Bildung und Sport bei der weiteren Konkretisierung der Leitlinien hinzugezogen wird.

Herr Kahle verweist auf die Beschlussvorlage, wonach die SVV die Leitlinien als Arbeitsgrundlage für das weitere Verfahren beschließen soll. Daran schließt sich die öffentliche Diskussion an.

Prof. Dr. Mitzner hält die Vorlage als Arbeitsgrundlage für ungeeignet.

Herr Hugler meint, es werde sich zeigen wie die SVV im Zuge der Sparmaßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien beitragen wird.

Herr Bretz verweist auf das Problem in der Diskussion der CDU-Fraktion einen Konsens zu finden. Bevor die Diskussion im Ausschuss erfolgt, sollte in den Fraktionen angeregt werden, welche Möglichkeiten der Diskussion es gibt.

Herr Kahle könnte sich vorstellen, dass Leute, die in der AG mitgearbeitet haben, in die Fraktionen gehen.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder über die Wertung der Maßnahmen mit erster und zweiter Priorität an. Man verständigt sich dazu, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Steinicke lässt seinen Antrag abstimmen.

Beschlusstext:

1.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die DS 02/SVV/0389 zur Kenntnis.

2.

Potsdam muss als Landeshauptstadt beispielgebende Stadt für Kinder und Jugendliche werden (siehe Teil 1, Seite 3), soll in den Teil - Strategien und Leitprojekte mit erster Priorität eingeordnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 6 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmenthaltung: | 0 |

Zu 2.:

| | |
|------------------|---|
| Zustimmung: | 2 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 5 |

zu 6 Vorschlag für eine AG Schulentwicklungsplanung

Herr Ofcsarik hält es für sinnvoll, wenn die Verwaltung als Diskussionsgrundlage für die zu bildende AG einmal jährlich die Fortschreibung der Schülerzahlen bezogen auf die Geburtenentwicklung zum Jahresende, auf die Entwicklung der Zuzüge und der per 15. September aktuellen Schülerzahlen zur Verfügung stellt. Jede Fraktion sollte ein Mitglied in die AG berufen. Die Diskussion sollte in Workshops erfolgen. **Dr. Steinicke** fragt, warum die Thematik in eine AG ausgegliedert und nicht im Ausschuss diskutiert werden soll. **Frau Fischer** meint, die Diskussion benötigt viel Zeit und würde den planmäßigen Ausschuss überfrachten. **Dr. Steinicke** ist der Meinung, man sollte die AG-Mitglieder nicht absolut

festlegen, so dass die Möglichkeit der Stellvertretung offen bleibt. **Frau Fischer** hält eine personelle Kontinuität für günstig.

Beschlusstext:

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu die Arbeit einer AG-Schulentwicklungsplanung zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Keine Gegenstimmen

zu 7 Konsequenzen aus der gemeinsamen Sitzung mit dem JHA vom 11.06.2002

Dr. Steinicke schlägt die Trennung nach den Punkten Jugendhilfe-Schule und Jugendhilfe-Sport vor.

1. Jugendhilfe-Schule

Frau Fischer schlägt vor, sich nach dem Gespräch mit dem Minister zu positionieren. Das Arbeitsmaterial liegt allen vor.

Dr. Jeschke meint, was in Potsdam auf dem Gebiet Jugendhilfe-Schule gemacht wird ist einmalig und Neuland, deshalb sind die Handlungsempfehlungen erarbeitet worden. Er schlägt vor am 29.08 2002 eine gemeinsame Sitzung mit dem JHA durchzuführen.

Frau Fischer bietet an, dass es vor dem Gespräch mit dem Minister noch Gelegenheit gibt, sich zu bestimmten Problemen zu verständigen.

2. Jugendhilfe-Sport

Herr Bretz meint, der Ausschuss sollte das Anliegen des Stadtspotbundes, als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt zu werden, unterstützen.

Frau Fischer hält das Anliegen des Stadtspotbundes für unterstützenswert. Mitglieder des Stadtspotbundes oder Mitglieder in beiden Ausschüssen sollten den Ausschuss für Bildung und Sport über den aktuellen Stand unterrichten. Dann könne man schneller reagieren.

Beschlusstext:

Zu 1.

Für den 29.08.2002 ist eine gemeinsame Sitzung mit dem JHA anzustreben.

Zu 2.

Es wird angeregt, dass Frau Pichler als Vertreterin des Stadtspotbundes den Ausschuss für Bildung und Sport über die Festlegungen des JHA zu Jugendhilfe-Sport informiert .

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

Zustimmung: 7 einstimmig

Zu 2.

Keine Gegenstimmen

zu 8 Sonstiges

zu 8.1 Information der Verwaltung zu Eintrittsgeldern in den städtischen Schwimmhallen und Strandbädern

Frau Fischer informiert, dass im Vorjahr intensiv über die Entgeltordnung diskutiert wurde, diese Diskussion aber in Vergessenheit geraten ist. 1997 hat der Bereich Naherholung die Entgelte erhöht, so dass die Anpassung unter den Preisen der Strandbäder Wansee und des Umlandes lag. Mit der neuen Entgeltordnung

erfolgte die Anpassung an das Umland. Sie verweist auf Verbesserungen der Angebote. Die vorliegenden Hinweise der Bevölkerung zur neuen Entgeltordnung werden aufgegriffen, z.B. ½ Tagesticket. Es wird jedoch zu keiner Senkung der Entgelte kommen können.

zu 8.2 Vorstellung der Struktur im Fachbereich Schule und Sport und der Öffentlichen Weiterbildung

Zur Struktur hat **Herr Ofcsarik** Folien vorbereitet, die **Frau Fischer** erläutert. **Dr. Steinicke** bittet darum, die Übersichten als Anlage zum Protokoll auszureichen.
(Siehe Anlage Original)

zu 8.3 Information Sportstadt 2002

Frau Fischer informiert über das Pressegespräch zur Sportstadt 2002 und verteilt den Veranstaltungsplan 2. Halbjahr. Die Veranstaltungen wurden bisher von Teilnehmern und Zuschauern gut besucht. Sie bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Helfern.